

für Bochum und umliegende Industriebezirke.

Scheideatteste: Julius Gubitz, Verantwortlich für Inhalt und Ausstattung
Julius Gubitz: für Dorthelms und Wandel; Adolf Sieddungsbusse, für
Provinzialles und den übrigen Teil; Max Flegel, für
Hefenblätter Poell; für den Ueigenteil: W. Thoenes, Sprechende der
und General Anzeiger, Laupen und Verlag Bochumer Anzeiger
für unterlange Einwendungen übernimmt die Redaktion keinerlei
Zurücksendung erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.
Redaktion u. Verlagsanstalt: Mülheimstrasse 8,
Fernsprech-Anschlüsse 47 und 48. Druckerei: H. W. Müller & Co.,

München, 29. Januar.

größte politische Prozeß der Nachkriegszeit

Infolge Erkrankung des angeklagten Oberlandesrichters Köhner wird vielleicht die Vermutung oberster Gerichtsurteil, daß, falls der Krankheitszustand ernst werden sollte, eine Verchiebung des Prozesses notwendig sei. Nach den bisherigen ärztlichen Beobachtungen dürfte Oberlandesgerichtsrat Köhner bei Einhaltung der durch sein Darm- und Magenleiden verordneten Diät wohl in der Lage sein, vor Gericht zu erscheinen, wenn nicht, müßte das Verfahren gegen Köhner gesondert und für sich durchgeführt werden. Eine Verschiebung des Hitler-Prozesses wird nicht erwartet.

Beginn der Feststellungen in der Reichshauptstadt.

Sir Robert Kinderley, der Direktor der Bank von England und Leiter der Bank Lazard Frères

Eine Rede des Kolonialministers Thomas.

Zu übrigen wird, was die Politik der neuen englischen Regierung betrifft, in einer halbamtlichen Neuausgabe hervorgehoben, es bestehe kein Grund zu der Annahme, daß sich die Richtlinien der Politik in nach Makedonias von denen unterschieden, die schon mitgeteilt worden seien; es liege auf der Hand, daß die Entwicklung der großen Idee dieser Politik eine Frage der Zeit sei, und es ist nicht anzunehmen, wie es beispielsweise vor einigen Jahren geschah, daß die Politik sich in eine

20m

Dr. Ernst Seraphim-Königsberg

Es klingt hier in voller Schärfe die Note nationaler Verleththeit an, an der unsere Diplomaten und Industriellen gut tun würden, nicht gleichmüthig vorüberzugehen. Und zwar um so weniger, als diese selbe Stimmung in Sowjetrußland selbst in gleicher Weise lebendig ist. Ein Aufsatz eines Moskauer Freundes der „Maoischen Rundschau“ hebt die Ausländerfeindschaft der Russen als ein besonderes Merkmal in Rußland hervor, eine Feindschaft, die nicht nur in den Kreisen der entrechteten und verarmten russischen Bürgerlichen zu Hause ist, wo man mit Entrüstung der Konzeptionspolitik und dem Unvermögen der Ausländer, ihren Idealen Rechnung zu tragen, gegenübersteht, sondern ebenso in weitesten Volksmassen, wo man den grellen Gegensatz täglich empfindet, der zwischen der tiefen Armut der Menschheit und dem Luxus einer kleinen neuen roten Obergesellschaft flackt, an dem die ins Land kommenden Fremden theilhaben. Der Arbeiter wie der Bauer haßten ihn als „Ausbeuter“, und die Sowjetregierung ist klug genug, sich den Anschein zu geben, als ob auch sie so empfinde und empört sei, durch die Ausländer zu einer Kompromisspolitik gezwungen zu werden, die sie im Grunde des Herzens verabscheie.

Der Ausländer freilich, dem von dem Augenblick an, da er Moskowien betritt, jede Möglichkeit unparteiischer Erkenntnis der politischen und wirtschaftlichen Wirklichkeit durch Beausichtigung, Beibehaltung und gezielte Verunsichtigung genommen ist, auch davon wenig oder nichts. Größte Vorsicht, ausgeschprochener Trakt ist für ihn Vorbedingung, und über das Heßeln jeder Momente klagt der Russe allgemein. Selbst, daß man in den Kreisen reichstetischer Studienreisenden die Spur tieferer Durchdringung des Problems findet. Weil Sowetrußland völlig unter der Notwendigkeit des wirtschaftlichen Aufbaues steht, hat es alle anderen Pläne und Absichten zurückstellen müssen. Es will keinen Krieg, es spekuliert, sumal nach den trüben Erfahrungen der letzten Jahre in Deutschland und der Türkei, nicht mehr auf eine baldige Weltrevolution. Wenn es einmal den Wiederaufbau durchgeführt hat, dann — so kalkulieren die Sowetweissen — wird Rußland mächtig genug sein, um die entfremdeten Gebiete sich wieder anzuschließen und die Weltrevolution durchzuführen. So sagen sie. Ob sie es selbst glauben? Wer weiß es? Sie sind eigentlich zu klug dazu, um nicht selbst zu wissen, daß ein wirtschaftlicher Wiederaufbau Rußlands nur unter dem Abbruch des kommunistischen Systems erfolgen kann und wird. Wenn Rußland wieder groß und gesund ist, wird es äußerlich keinen Bolschewismus mehr geben. Und darin liegt schließlich ein Gefahrenmoment für Europa: in dem Augenblick, wo es sich für alle herabsetzt, daß ein Wiederaufbau Rußlands auf dem bolschewistischen Wege unmöglich ist, und daß alle „Organisationen“, an denen das rote Rußland so reich ist, verlaßen, bleibt nur die Abkantung der Machtübertrag, oder der Versuch, durch Öffnung der Ventile

England vor einem Dodarbeiterstreik.

Beendigung der Eisenbahnerbewegung

Der Verkehrsstreik ist schneller zu Ende gegangen, als es noch vor wenigen Tagen den Anschein hatte; er kann nunmehr als beigelegt gelten. Aber schon ist Großbritannien von einem neuen Streik bedroht, der für die Nation von ernstlichen Folgen sein kann. Es wird dazu gemeldet:

Morgen beginnt in London eine Konferenz der Delegirten der Dockarbeitergewerkschaften, die dazu Stellung nehmen wird, was jetzt geschehen soll, nachdem die Arbeitgeber abgelehnt haben, auf die Minimallohnsätze einen Zuschlag von 2 Schilling zu zahlen. Als besonders ernst betrachtet man die Thatsache, daß fast in allen britischen Versammlungen von den Dockarbeitern für einen Streik gestimmt wurde. Die Dockarbeiterverbände zählen weit über 100 000 Mitglieder, und eine Arbeits-einstellung würde für das ganze Land einen gewaltigen wirtschaftlichen Verlust bedeuten.

Der britische Außenhandel wurde bereits durch den Streik der Eisenbahnen erheblich beeinträchtigt, doch würden die Wirkungen eines Dockarbeiterstreiks weit schwerere Folgen mit sich bringen.

aller Hindernisse das Jahr 1923 doch mit einem Plus für Moskau abschließt.

Rußlands kluge Diplomaten erkennen die Situation in vollem Umfang; bei jeder Gelegenheit bringen sie sich in Erinnerung: keine Frage, in der sie ihre Vorbehalte nicht anmelden, falls ihre Regelung ohne sie erfolgt. So kürzlich noch in der Memelfrage. Durch keine Enttäuschungen lassen sie sich irre machen: die Abgabe Nordamerikas auf das Verben Eshcherins, die schroffe Haltung Baldwins, die unerwartete Zurückhaltung Frankreichs nach anfänglichem Entgegenkommen haben sie nicht entmutigt. Von Coolidge und Hughes in den Vereinigten Staaten appellieren sie an Borah, von Baldwin und Curzon an die MacDonalds und Morell, von Poincaré an Herriot. Sie glauben an ihre Stunde und rechnen auf den englisch-französischen Gegenangriff. Ein Artikel der politisch einflussreichen Londoner Zeitschrift „Fortnightly Review“ (Januarheft) wird in Moskau stark beachtet, in dem einer Entente London-Berlin-Warschau-Moskau das Wort geredet wird, nachdem Deutschland und Rußland in den Völkerbund aufgenommen sind, und nachdem Polen, wahrscheinlich auf Grund englischer Finanzhilfe, die Rolle des Störenfriedes und des unüberwindlichen Wals zwischen Deutschland und Rußland aufgegeben hat. Gewiß, das liegt noch im Schoße der Zukunft und würde sich erst realisieren lassen, wenn die politische und wirtschaftliche Lage Rußlands grundlegend geändert ist, aber die Schatten einer Neugruppierung Europas fallen doch schon ins angebrochene Jahr.

Politische Uebersicht.

Der Reichsfinanzminister in München. Der deutsche Landwirtschaftsminister Graf Kanitz ist in München angekommen und hat dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. v. Künigl, sowie dem Landwirtschaftsminister und dem Handelsminister Dr. v. Meindl einen Besuch abgelegt. Im Landwirtschaftsministerium hatte Graf Kanitz eine Zusammenkunft mit maßgebenden Kreisen der bayerischen Landwirtschaft, um mit ihnen verschiedene Tages- und Sachfragen zu besprechen.

Das Reich und die Post. Die Besprechung, die der Reichspostminister am Ende voriger Woche über die Neugestaltung der Reichspostverwaltung mit den süddeutschen Ländern, insbesondere mit Bayern und Württemberg, hatte, haben, wie aus Berlin berichtet wird, einen günstigen Verlauf genommen. Danach wird die Post vom 1. April ab vom Reichshausplan losgelöst und als Sondervermögen verwaltet werden. Dieser bleibt weiterhin das Reich, und für die Verwaltung bleibt weiterhin verantwortlich die Reichspost. Anstelle der bisher auch für die Reichspost in Frage kommenden Zuständigkeiten Reichs- und Reichsrat soll ein Verwaltungsrat treten, jedoch wird die Reichspostverwaltung das Recht haben, im Falle von Unstimmigkeiten im Verwaltungsrat die Entscheidung des Kabinetts anzunehmen.

Erhöhte Zuschläge für die Pflichtarbeiten der Erwerbslosen. Die Erwerbslosen sind bekanntlich verpflichtet, gegen ihre Unterbringung gemeinnützige Arbeiten, insbesondere auch Notstandsarbeiten zu leisten. Sie erhalten dann gewisse Zuschläge zur Unterstüttung. Diese Zuschläge sind jetzt in der Weise erhöht, daß der Erwerbslose für je acht Stunden, die er mehr als 24 Stunden Arbeit leistet, 30 Prozent Zuschlag zur Hauptunterstützung erhält. Bei schweren Arbeiten kann dieser Zuschlag nach 16 Stunden gezahlt werden. Für Sacharbeiter ist eine besondere Prämie von 10 Prozent des Hauptunterstützungssatzes pro Tag eingeführt. Außerdem ist bei besonders guten und besonders schwierigen Leistungen eine Prämie von täglich 5 Prozent festgesetzt.

Abbau bei der Reichsbahn vor dem Sparausfluß.

Berlin, 29. Januar.

Im Sparausfluß des Reichstages machte der Vertreter des Reichsverkehrsministeriums ausführliche Angaben über den Personalabbau bei der Reichsbahn. Danach werden am 31. Januar des Jahres voraussichtlich 14 Prozent der Angestellten ausgeschieden sein. Zum gleichen Termin werden rund 17 Prozent der Eisenbahnarbeiter entlassen werden. Bezüglich der Eisenbahnwerkstätten kam zur Sprache, daß 10 Werkstätten im besetzten Gebiet liegen. Drei Werkstätten, die in Dortmund, Limburg und Offenbach, wurden allerdings der Reichsverkehrsverwaltung zurückgegeben. Sie können aber erst im nächsten Haushaltsjahr in vollen Betrieb genommen werden.

Die Leuchter.

Von Magda Trott.

Sie waren ein Erbstück der Familie, die beiden altmodischen, gedrehten Leuchter. Sie hatten ihren Platz am Esstisch des Großvaters, der Großmutter, des Vaters, der Mutter und der Schwester gehabt. Sie standen jetzt im guten Zimmer, wurden von dem alten Fräulein als eine Art Heiligtum betrachtet.

Aus der kleinen Wohnung war infolge der schweren Zeit schon manches Stück zum Händler getragen worden. Die Leuchter standen noch immer auf ihrem alten Platz.

Fräulein Meta hatte mitunter nicht gewußt, woher sie Geld für Brot nehmen sollte. Ihre mühen Augen waren oft über die verschobenen Möbelstücke gewandert, nachdenklich, was sie wohl davon noch verkaufen könne. Die silbernen Leuchter aber blieben verschont, obwohl der Hunger mitunter arg quälte. Aber es wäre ihr wie ein Verbrechen vorgekommen, wenn sie die Leuchter verkauft hätte. Sie hatte schon lange die Bestimmung getroffen, daß auch sie in ihrem Esstisch stehen sollten. Sie hatte das beruhigende Empfinden, daß sie dann friedlich schlummern würde.

Die alte Dame hörte vom Leben sehr wenig, von dem grauenhaften Leben, das gierig seine Krallen nach alten und schwachen Menschenkindern ausstreckte, ne zu Boden warf und zertrat.

Eine Nachbarin kam hin und wieder nach ihr sehen, brachte ihr mitunter ein paar Häppchen, mit denen sie mühsam das Leben fristete. Jedesmal, wenn die Nachbarin kam, merkte sie, daß wieder ein Stück aus der kleinen Wohnung fehlte. Wie lange sollte das wohl noch gehen?

Eines Tages wurde Fräulein Meta krank. Sie bemühte sich zwar aus dem Bett aufzustehen, fiel aber geschwächt auf den Fußboden nieder, legte sich wieder auf ihr dürftiges Lager und wartete. Worauf, das wußte sie selber nicht. Vielleicht auf den Tod, den sie wie einen lieben Freund willkommen heißen würde. Er kam ja zu ihr nicht als der rücksichtslos fordernde Knochenmann, er kam zu ihr als der Erlöser,

Preisabbau im Verkehrswesen.

Triebwagen und Lokomotive.

Zur Erreichung des Zieles der Lebenshaltung- und Produktionsverbesserung ist es im besonderen auch erforderlich, daß die Transportkosten auf ein möglichst geringes Maß zurückgeführt werden, und zwar nicht nur im Güterverkehr, sondern auch im Personenverkehr und hier im besonderen beim Nahverkehr, da in diesem die Fahrkosten eine größere Rolle spielen als bei dem Fernverkehr, bei welchem neben den Fahrkosten bedeutende Ausgaben durch Uebernachten, Verpflegung außer dem Gange usw. entstehen. Baurat G. Söberrst - Berlin schreibt zu diesem Thema:

Für den Nah-Personenverkehr ist eine häufige und billige Fahrgelegenheit ein unabdingbares Erfordernis, dem aber der Dampflokverkehr nicht genügen kann, wenn die Dampflokmaschine nicht bekanntermaßen sehr Brennstoffe und den dadurch erzeugten Dampf sehr schlecht aus, und ihr Wirkungsgrad nicht so hoch ist, wie der der Verbrennungsmotoren, was aber bei geringerem Verkehrsbedarf als unabweisbare Folge eintritt, wenn eine häufigere Fahrgelegenheit geboten werden soll.

Die gleichzeitige Erfüllung beider Forderungen: häufige und billige Fahrgelegenheit, ist nur durch eine weitestgehende Anwendung von Triebwagen möglich. Triebwagen sind zwar schon seit langem bekannt, aber den zunächst gebrauchten Dampftriebwagen hatten, wenn auch in geringem Umfang, dieselben Nachteile an, wie den Dampflokomotiven, da sie ebenfalls mit einem Dampfzylinder ausgerüstet sind, der nicht nur häufigere Ausbesserungen, sondern auch dauernde Wartung im Betriebe erfordert. Mit den später zur Einführung gekommenen Akkumulatortriebwagen und benzelektrischen Triebwagen ist zwar ein bedeutend technischer und wirtschaftlicher Fortschritt durch die einfache Bedienung und die feste Dienstbereitschaft dieser Wagen gemacht worden, aber bei den Akkumulatortriebwagen war das hohe Gewicht und die dadurch entstehende höhere Beanspruchung der Gleise sowie der nicht unbedeutende Ausbesserungsverlust bei der Akkumulierung und Entakkumulierung des elektrischen Stromes und ihre Abhängigkeit von Lokalisationen und bei den benzelektrischen Triebwagen die Höhe der Beschaffungs- und Betriebskosten nachteilig.

In neuester Zeit hat nun die außerordentliche Entwicklung des Automobilwesens sehr beträchtlich auf die Ausbildung von Eisenbahntriebwagen mit Verbrennungsmotoren ohne Zwischenschaltung einer elektrischen Uebersetzung gewirkt, und nachdem es gelungen ist, als Kraftstoff für das immer zur Verfügung stehende Benzin das billige Petroleum zu benutzen, und es vielleicht auch möglich sein wird, mit den noch

wohlfleureren Schwerölen zu arbeiten, eröffnen sich in der ausgedehnten Benutzung von Eisenbahntriebwagen mit Verbrennungsmotoren die besten Möglichkeiten für einen Preisabbau im Nah-Personenverkehr.

Die Amerikaner, denen ein gewisses Gefühl für wirtschaftliche Vorgänge nicht abzusprechen ist, haben dies auch erkannt und der Angelegenheit dauernd besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Dieselbe ist neuerdings wieder in der amerikanischen Zeitschrift „Railway Age“ vom 17. November 1923 behandelt und dabei nachgewiesen worden, daß durch die erweiterte Verwendung von Triebwagen auf den amerikanischen Eisenbahnen jährlich etwa 50 Millionen Dollar zu sparen wären. Welche wirtschaftliche Bedeutung der Triebwagenverkehr für die deutschen Reichsbahnen gewinnen könnte, geht aus nachfolgender Ueberschau hervor:

Nach der Statistik der deutschen Reichsbahnen wurden im Jahre 1922 durch Dampflokomotiven 227 747 000 Kraftkilometer in Güter- und Personenverkehr geleistet. Die gesamte tägliche Kraftleistung betrug im Personenverkehr 420 000 Kraftkilometer bzw. 13 690 000 Wagenachtkilometer. Die Betriebskosten stellten sich dabei auf 1,82 Mark je 1 Personenwagen-Kraftkilometer, bzw. 41,6 Mark je 1 Personenwagen-Achskilometer. Mit Rücksicht auf den Verkehrszuwachs könnte zweifellos ein Dampfzug aus vier Personenwagen bestehend, durch einen Triebwagen mit einem Triebwagen ersetzt werden. Abgesehen von den sonst hierbei zu erzielenden Ersparnissen würde sich die Brennstoffkosten wie folgt ergeben:

Das Gewicht eines Dampfzuges mit 2 zwei- oder dreilagigen Personenwagen beträgt mindestens: 25 To. (Lok.) + 4 x 20 To. (Wagen) = 105 To.

Der Kohlenverbrauch auf 0,06 Kilogramm pro Tonnenkilometer angenommen ergibt 6,3 Kilogramm pro Triebwagen oder bei dem Preis von 35.— Mark je 1 To. Kohlen zu rund 22 Goldpfennig pro Kraftkilometer.

Für einen Triebwagenzug, bestehend aus einem Trieb- und einem Personenwagen, sind je Kilometer 420 Gramm Petroleum und 50 Gramm Benzin erforderlich, die zu 0,22 x 0,42 + 0,50 x 0,04 Goldmark = rund 11 Goldpfennig kosten. Es werden also durch den Triebwagenbetrieb 11 Goldpfennig (50 v. H.) allein bei den Brennstoffkosten gespart.

Nimmt man an, daß etwa 20 Prozent der mit Dampflokomotiven gefahrenen Personenzugkilometer durch Triebwagenzüge ersetzt werden können, so ergibt sich allein im Brennstoffverbrauch eine jährliche Ersparnis von 45 550 000 x 0,11 = rund 5 000 000 Goldmark, ein Betrag, für den etwa 100 Triebwagen zur Zeit neu beschafft werden können. Es würden also die in einem Jahr bei den Brennstoffkosten gemachten Ersparnisse ausreichen, um die für den Triebwagenbetrieb erforderlichen Neubeschaffungen zu decken.

Die Pfalzfrage vor der Reichsministerkonferenz.

Paris, 29. Januar.

Das „Echo de Paris“ behauptet, daß die Reichsministerkonferenz sich demnächst mit der Frage der rheinischen Regierungsform befassen werde. Tatsächlich sollen sich Poincaré und Gaspar in dem Sinne verständigt haben, daß der gegenwärtigen provisorischen Regierung die weitere Unterstützung zu erteilen sei. Es fragte sich nur, ob die britische Regierung damit einverstanden sei, daß die Reichsministerkonferenz die Angelegenheit noch einmal in die Hand nehme.

Neue Kriegsgerichtsurteile.

London, 29. Januar.

Das hiesige Kriegsgericht verhandelte gegen 12 meist im jüngeren Alter stehende, aus Speyer stammende Personen, die an einem „militärischen Geheimbund“ teilgenommen haben sollen. Das Gericht fällte über die Angeklagten Strafen bis zu 10 Jahren Gefängnis und bis zu 1000 Goldmark Geldstrafe. Dr. Graf aus Ludwigshafen und Dr. Behrmann aus Speyer wurden in Abwesenheit zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Ein Angeklagter wurde freigesprochen.

Separatistenüberfall auf ein Gut.

Karlsruhe, 29. Januar.

Das eine Stunde von Karlsruhe am Rhein gelegene Hofgut Maran ist von päpstlichen Separatisten überfallen worden. Der Gutspächter mußte den Separatisten seine sehr erhebliche Barzahlung ausbezahlen. Es handelt sich wahrscheinlich um die gleichen Vandalen, die kürzlich die Gemeindefälle in Wors (Pfalz) ausgeraubt haben.

Zwei Arbeiter von Separatisten erschossen.

Frankfurt, 29. Januar.

Wie erst jetzt bekannt wird, haben die Separatisten bei ihrem Einzug in Schifferstadt in der Pfalz zwei Arbeiter aus Ludwigshafen am Rhein auf Weisung eines Separatistenführers ermordet standrechtlich erschossen.

Kardinal Faulhaber und der Münchener Novemberpöbel.

München, 29. Januar.

Als Beauftragter des Kardinals v. Faulhaber erläßt Rechtsanwalt Simon eine Erklärung, worin es heißt:

„Der Herr Kardinal stand in gar keinem Zusammenhang mit dem Putsch vom 8. November 1923. Er hat in keiner Weise, weder mündlich noch schriftlich oder telephonisch, weder direkt noch indirekt auf den Verlauf desselben, insbesondere auch nicht auf den Generalstaatskommissar v. Maier eingewirkt. Er hat diesen in den kritischen Tagen und schon lange vorher weder gesehen noch gesprochen. Der Herr Kardinal hat weder mit der früheren Kaiserin Rita, deren Aufenthalt er gar nicht kennt, noch mit sonstigen Personen, insbesondere auch nicht mit dem französischen Ministerpräsidenten Poincaré, über die Abtrennung Bayerns vom Deutschen Reich und die Errichtung eines süddeutschen Staates, wie er auch immer gerüht sein möge, verhandelt. Seine Eminenz hat nie im Leben die Kaiserin Rita, den Prinzen Sixtus oder den Ministerpräsidenten Poincaré gesehen oder gesprochen und niemals Pläne erwogen oder geäußert, die sich gegen den Bestand oder die Einheit des Deutschen Reiches richten könnten. Jeder, der solche Behauptungen weiter festhält und verbreitet, darin? Vielleicht ein Eindringler? Man wollte ihre Leuchter haben. Oder war es gar der Tod? Kam er endlich zu ihr?

Die gitternen Hände der alten Dame ergriffen die Leuchter und umklammerten sie fest. Jetzt war das nächste Geheiß an ihrem Bett, es umfalle ihre Nehe, wollte ihr die Bettdecke fortziehen, wollte die beiden Leuchter hehlen. Das Fräulein versuchte zu schreien, aber kein Laut kam über ihre Lippen.

Nur die Leuchter jetzt festhalten. Die ließ sie sich nicht nehmen. Sie hatte plötzlich das Empfinden, als wolle man ihr die Leuchter gewaltsam entreißen. Da packte das schwächliche Geheiß mit beiden Händen nach den silbernen Werkstätten, richtete sich auf, wollte einen Leuchter nach dem Angreifer schleudern — es ging über die Kraft. Fräulein Meta fiel mit einem Schreien zurück. Schwer fiel ihr der silberne Leuchter auf die Brust.

Noch einmal ein leises Stöhnen, und dann kam er wirklich, den sie so oft herbeigeseht hatte. Glättete mit weicher Hand ihr angestrengtes Gesicht und nahm sie weich und zärtlich in seine Arme.

Schreier und Duisburg. Anfang Februar gedent Prof. Franz Schreier (Berlin) auf Einladung des Generalmusikdirektors Paul Scheinpflug in Duisburg seine Suite für großes Orchester „Der Geburtstag der Infantin“ (nach Oscar Wilde) persönlich zur deutschen Erstaufführung bringen. Gleichzeitig ist beabsichtigt, dieselben Komponisten fünf Gesänge für mittlere Stimmen aus der Suite zu heben.

Ein Drama von Walter Bloem fand im Schloßparktheater zu Berlin-Schlachtbällige Aufnahme. Es heißt „Der geklungelte“ und erwies sich als recht bühnenwirksam. Das Stück mag schon vor dem Krieg entstanden sein; sein gesellschaftliches Milieu deutet darauf hin, und vielleicht auch die hier kaum verdeckte Subermann-Schule. Der erste Akt ist knallig; in den folgenden fällt die durch Spannungsmomente gereizte Neugierde. Bloem, der früher Rechtsanwält gewesen, beweist an einem geschickt präparierten Fall die Meisterschaft der prinzipiellen Rechtskenntnis, die die Erzählweise der nahen Anwesenheit eines Rechtsanwaltes gewährt. Schwerlastende Andeutungen können nur ein Reiz sein, mit Weisheit überlegen. Aber dieser Witz, der die Verdräse der Angeklagten, und aus bühnen Eiferlust entschäftet er sich der Zeugenfrage...

hat sich damit als bewußter Lügner und Verleumder ausgemacht. Seine Eminenz weis aus zuverlässiger Quelle, daß auch die Verleumdung der Vatikan habe mit solchen Plänen in Verbindung gestanden, sie erwogen oder gar gefördert, eine reine Erfindung ist.

Wie man sich erinnert, rief vielfach behauptet worden, daß der „Umsatz“ Rührer auf Einwirkung Faulhabers zurückzuführen sei. Hier wird nun dargelegt, daß alle solche Nachrichten aus der Luft gegriffen sind und der Kardinal zu dem Putsch in keiner Weise gearteten Beziehung stand.

Generalkonsul Clives Bericht.

London, 29. Januar.

Der Sonderkorrespondent der „Times“ in Heidelberg berichtet, daß die Pfälzer Separatisten große Anstrengungen machen, um die Wirkungen des Berichtes des englischen Generalkonsuls in München, Clives, zu schwächen. Sie zwingen die Personen, die gegen die Separatisten Aussagen machten, ihre Aussagen zurückzunehmen, und drohen im Weigerungsfalle mit Ausweisungen aus der Pfalz.

Die Abbaupläne Poincarés.

Paris, 29. Januar.

Heute trat die Kammer in die sachliche Diskussion der verschiedenen Regierungsvorlagen ein. Die Finanzkommission hatte sich gestern mit der Prüfung von circa 85 Amendements beschäftigt, die zu dem Finanzprojekt der Regierung hinzugefügt werden sollen. Die Kommission beabsichtigt, im allgemeinen sämtliche Amendements, die auf eine Veränderung des Regierungsetztes abzielen, unberücksichtigt zu lassen. So hat sie beispielsweise einen Ergänzungsvorschlag, der die Lotteriesteuerumlage durch die Ausgabe von Lotteriegewinnen ergiebt, glatt zurückgewiesen. Weiter wird gemeldet:

Dem „Echo de Paris“ zufolge ist die Kommission bereit, ein Amendement zu berücksichtigen, wonach der Ertrag der künftigen deutschen Zahlungen, der Bar- und Sachleistungen einer Amortisationskasse, die von der allgemeinen Depostenkasse verwaltet wird, zugesetzt werden soll. Dieser Ertrag werde zum Ankauf von Staatspapieren bestimmt. Sobald Poincaré die Zustimmung der Kammer zu seinen verschiedenen Vorlagen erlangt habe, werde er durchgreifende Maßnahmen zur Einschränkung der öffentlichen Ausgaben ergreifen. Er beabsichtigt insbesondere, die Beamtengehälter herabzusetzen und auch verschiedene Ministerämter aufzuheben, ohne die ausdrückliche Genehmigung der Kammer dazu zu erbitten.

Die Londoner „Daily Mail“ glaubt melden zu können, daß von den Maßnahmen des französischen Ministerpräsidenten ungefähr 100 000 Personen betroffen werden würden, die ihre Stellung auf Grund der Sparmaßnahmen aufgeben müßten.

Mussolinis Selbstverteidigung.

Rom, 29. Januar.

Der gestern abend abgehaltenen großen Fasziisten-Versammlung wohnten 12 Minister und Unterstaatssekretäre, 60 Senatoren und Abgeordnete, sowie 100 Bürgermeister, ferner fast sämtliche Direktoren der fasziistischen Blätter und einige 100 Vertreter der politischen und militärischen Verbände bei. Insgesamt waren 800 Personen anwesend. Mussolini ergriff das Wort zu einer Rede, in der er betonte:

Er könne sich eine Opposition, wie sie zwischen dem Fasziismus und dem Mussolinismus betrieben werde, nicht gefallen lassen. Tatsächlich würde der Mussolinismus für die Fasziisten eine Art Freibrief sein, der sie in Stand setze, zunächst den Fasziismus zu bekämpfen und hierauf Mussolini selbst. Auf Grund seiner politischen Erfahrungen misstraue er diesen Mussolinisten und erkläre ausdrücklich, daß der entschlossene Antimussolinianer er selbst sei.

Der Redner schloß dann die lächerliche Fabel zu, wonach er ein ausgezeichnete Diktator sei, im übrigen aber von schlechten Ratsgebern umgeben wäre, deren verhängnisvoller Einfluß er sich nicht entziehen könne. Er glaube, daß die Erfahrung gelehrt habe, daß er eine völlig selbständige Persönlichkeit sei, die keinen Druck in irgendwelcher Art über sich ergehen lasse.

Schöne Geschichten.

Es gibt Geschichten, die „zu schön sind, um wahr zu sein“. Der Italiener sagt von ihnen: „Si non è vero, è ben trovato“, wenn es nicht wahr ist, so ist es doch gut erfunden. Eine Sammlung der besten dieser etwas unwahrscheinlichen Geschichten hat kürzlich der Londoner „Evening Standard“ veröffentlicht, und einige von diesen Glanzanekdoten, die mit Vorliebe in den Mund berühmter Männer gelegt werden, seien hier mitgeteilt.

König Georg von England ging eines Morgens, und zwar an einem Sonntag, in seiner Sommerresidenz Balmoral spazieren. Nun war gerade ein neuer Geistlicher an die Kirche gekommen, den viele Leute aus dem Dorfe noch nicht kannten. Der König bemerkte einen Mann, der an einer verbotenen Stelle angelte, und er sagte zu ihm: „Sie dürfen hier nicht angeln, denn erstens ist das hier verboten, und zweitens ist heute Sonntag.“ Der Angler, der den König nicht kannte, fragte: „Wer sind Sie denn?“ Der König lächelte und sagte: „Ich bin der König.“ Da atmete der Angler erleichtert auf und rief fröhlich: „Mensch, das ist aber gut! Ich dachte schon, Sie wären der neue Geistliche.“

Bei einem öffentlichen Essen saßen einmal der englische Kardinal Manning und der Londoner Oberabbiter Dr. Abner nebeneinander. Der Abbiter aber aß fast gar nichts, da ihm die Speisegerichte die meisten Gerichte verboten. Nun soll Manning, ohne sich etwas dabei zu denken, zu ihm gesagt haben: „Wollen Sie nicht etwas Schinken nehmen, Dr. Abner?“ Worauf der Oberabbiter erwiderte: „Schinken habe ich erst essen auf der Hochzeit Eurer Eminenz.“ Viele gute Geschichten werden von Lord Balfour erzählt. Er war wegen seiner scharfen Kritik bekannt, aber das Vergleiche, was er in dieser Hinsicht geleistet, sagte er von einem früheren Mitglied seines Kabinetts. Als man ihn nach dessen Intelligenz fragte, meinte er: „Wenn er etwas mehr verstanden hätte, wäre er ein Idiot.“

Der Erzbischof Temple unterhielt sich einmal mit einem jungen Mann über die Vorlesung, und dieser erzählte ihm, seine Tante hätte eines Tages mit der Bahn fahren wollen, hätte sich aber veripfelt, so daß sie den Zug nicht mehr erreichte, und der Zug hatte dann ein schweres Unglück, das viele Opfer forderte. „Ist das nicht ein wunderbares Beispiel für die Güte der Vorlesung?“ fragte der junge Mann schwärmerisch. Aber Temple erwiderte kühl: „Darauf könnte ich Ihnen erst eine Antwort geben, wenn ich Ihre Tante kennen würde.“

Aufhebung vom P.

Auf der Landtags steht Aufhebung vom P. Abg. Dr. den Antrag um der Reichswehr Ausnahmestellung nicht beachte.

Abg. Hoffmann: tische Freiheits nicht über ein Staatsgefährt kann kein Zweifel sein, unpoliti in die Schupo, nahmezuflüsse.

Zu den Vorprüfungen der Reichswehr, hat bei der Reichswehr Ausnahmestellung nicht beachte.

Abg. Dr. werbe für den Ausnahmestellung nicht beachte.

Abg. Dr. werbe für den Ausnahmestellung nicht beachte.

Abg. Dr. werbe für den Ausnahmestellung nicht beachte.

Abg. Dr. werbe für den Ausnahmestellung nicht beachte.

Abg. Dr. werbe für den Ausnahmestellung nicht beachte.

Abg. Dr. werbe für den Ausnahmestellung nicht beachte.

Abg. Dr. werbe für den Ausnahmestellung nicht beachte.

Abg. Dr. werbe für den Ausnahmestellung nicht beachte.

Abg. Dr. werbe für den Ausnahmestellung nicht beachte.

Abg. Dr. werbe für den Ausnahmestellung nicht beachte.

Abg. Dr. werbe für den Ausnahmestellung nicht beachte.

Abg. Dr. werbe für den Ausnahmestellung nicht beachte.

Abg. Dr. werbe für den Ausnahmestellung nicht beachte.

Abg. Dr. werbe für den Ausnahmestellung nicht beachte.

Abg. Dr. werbe für den Ausnahmestellung nicht beachte.

Aufhebung des Ausnahmezustandes vom Preussischen Landtag beschlossen.

Berlin, 29. Januar.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Landtags steht zunächst der kommunalistische Antrag auf Aufhebung des Ausnahmezustandes.

Herr Dr. Meyer-Ostpreußen (Komm.) begründet den Antrag und führt die Beschlüsse über die Behandlung der Reichswehrsoldaten. Die Arbeiterschaft werde dem Ausnahmezustand dadurch ein Ende machen, daß sie ihn nicht beachte.

Herr Dr. Hoffmann-Münster (Dnt.): Die deutsch-völkische Freiheitspartei und die Kommunisten kann man nicht über einen Kamm scheren. Ueber die eminente Staatsgefährlichkeit und den Terror der Kommunisten kann kein Zweifel sein. Die Schupo muß vor allem abfolgt unpolitisch sein. Sozialdemokraten gehören nicht in die Schupo. Wir wünschen die Fortdauer des Ausnahmezustandes und seine wirksame Handhabung.

Innenminister Severing weist darauf hin, daß schon vor einigen Monaten in einer Konferenz der Ministerpräsidenten der preussische Ministerpräsident sich mit den Vertretern der übrigen Einzelstaaten dahin verständigt hat, bei der Reichsregierung die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes zu beschließen. Diese Zielsetzung wurde von der Staatsregierung heute noch als richtig anerkannt. Der Minister wendet sich dann gegen die Ausführungen des Hrn. Hoffmann-Münster, der im Gegensatz zu anderen Mitgliedern der deutschen nationalen Fraktion heftige Angriffe gegen die Schupo gerichtet habe. Wenn die Aufhebung des Hrn. Hoffmann-Münster richtig wäre, dann könnte die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes überhaupt nicht erfolgen. Nach der Auffassung des Herrn Hoffmann wäre bei Rechtsorganisationen besonders zu erwägen, ob und wie ausgeführt werden soll; bei Linksorganisationen dagegen müsse man streng aufpassen. Damit würde ich die Schupo zu einem einseitigen parteipolitischen Instrument machen. Auch von Militärbefehlshabern, die ihren Sitz nicht in Preußen haben, ist die Tätigkeit der preussischen Schupo nicht anerkannt worden.

Herr Dr. Preuß (Dnt.) erklärt: Seine Fraktion werde für den kommunalistischen Antrag auf Aufhebung des Ausnahmezustandes stimmen, obwohl sie sich damit die Begründung des Antrages durch Dr. Meyer nicht zu eigen macht. Nach der Weimarer Verfassung solle die Suprematie der Zivilgewalt über das Militär aufrecht erhalten werden. Dieser Verfassung entspricht aber der gegenwärtige Zustand nicht. Wo bleibt das Ausführungsgesetz zu Artikel 48 der Reichsverfassung. Es müßte vor allem die Verfassung enthalten, daß die vollziehende Gewalt niemals aus der Hand der Zivilbehörden in die der militärischen Behörden übergeben dürfte.

Herr Kuttner (Sog.) erklärt: Wir stimmen dem Antrag der Kommunisten zu. Der Ausnahmezustand war von Reichswegen gegen die Unruhmacherei Bayern gerichtet. Gegen Bayern und den dort herrschenden tatsächlichen Ausnahmezustand hat er sich als wirkungslos erwiesen. Die Notwendigkeit der Fortdauer eines militärischen Ausnahmezustandes sehen wir nicht ein. Unter dieser Firma ist eine völlig untragbare Umgestaltung der Verfassung unseres Reichs aufgespielt worden.

Nach weiterer unwesentlicher Aussprache wird der kommunalistische Antrag auf Aufhebung des Ausnahmezustandes mit den Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten, Demokraten und des Zentrumsgesonderten Stieles angenommen. (Beifall links.)

Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr: Grundsteuervorlage.

Die Urabstimmung der Eisenbahner in Bayern.

Berlin, 29. Januar.

Wie der „Vorwärts“ aus München meldet, wurde die Urabstimmung unter den Eisenbahnern innerhalb des Deutschen Eisenbahnerverbandes in ganz Bayern durchgeführt. Nur in Augsburg verbot der dortige Regierungspräsident die Urabstimmung und setzte sich mit dem Generalstaatskommissar in Verbindung, um ein Verbot für ganz Bayern zu erwirken. In der Mehrzahl der übrigen Eisenbahnerverbände in Augsburg beteiligten sich nur 2000 an der Abstimmung. Von den übrigen Bezirken Bayerns liegen noch geringere Beteiligungsziffern vor.

Der italienisch-jugoslawische Vertrag.

Belgrad, 29. Januar.

Der Wortlaut des italienisch-jugoslawischen Vertrages, der, wie bereits berichtet, gestern unterzeichnet wurde, liegt jetzt vor. Es sei daraus folgendes mitgeteilt:

Die Regierung des serbischen Königs und die Regierung des Königs von Italien sind sich einig, den Frieden sowie die im Verlauf des Weltkrieges erzielten Resultate, die in Friedensverträgen festgelegt sind, zu sichern. Die beiden vertragsschließenden Mächte verpflichten sich gegenseitig, einander beizuhelfen und in fortwährender Weise zusammenzuarbeiten und in die in den Friedensverträgen von Trianon, St. Germain und Neuilly begründete Hoffnung aufrecht zu erhalten. Falls eine der vertragsschließenden Mächte von einer anderen Macht ohne eigenes Verschulden angegriffen wird, verpflichtet sich der andere Staat, seine Neutralität während der gesamten Dauer des Konflikts zu bewahren. Falls internationale Verwicklungen entstehen und die beiden Signatarmächte der Auffassung sind, daß ihre gemeinsamen Interessen bedroht werden, gehen sie die Verpflichtung ein, Maßnahmen zu einer gemeinsamen Verteidigung zu treffen.

Die Dauer des Abkommens ist fünf Jahre, doch kann es ein Jahr vor Ablauf gekündigt oder verlängert werden.

Kurze Mitteilungen.

Das Mitglied des russischen Außenkommissariats, Kollegium Rothstein hat das Gerücht, daß Trotski sich gegenwärtig in Kaukasus aufhält, bestritten.

Der polnische Außenminister ist in Paris erkrankt; die Botschaft in Paris ist daher auf den 12. Februar verschoben worden; es nehmen Lettland, Estland, Polen und Finnland teil.

Die jugoslawischen Minister Bastisch und Rimischitsch verließen Dienstagabend Rom, um sich nach Belgrad zurückzubewegen.

Der polnische Innenminister hat die Wohnwagen von Polen und Kommunisten angewiesen, je 150 Deutsche innerhalb der Tage aus Polen auszuweisen.

In der Londoner „Times“ wird in einer Meldung aus Nizza Pischtscherin als Nachfolger Lezins bezeichnet, doch steht eine amtliche Bestätigung noch aus.

Der Präsident des amerikanischen Arbeiterverbandes, Samuel Gompers, erklärte im Senat, sein Verband sei zur Zeit von internationalen Kommunismus bedroht; einschneidende Abwehrmaßnahmen seien erforderlich.

* Spiel und Sport. *

Streifzug durch die Ruhr- und Hellwegkreislige.

(Schluß aus Nr. 18 vom 22. Januar.)

Nach wie vor ist der Hölle Gogolla eine gute Klasse besser als der übrige Teil. Mit seinen jungen, gut veranlagten Nebenleuten ist er bei seinen oft geradezu verblüffenden Rufen der gegebenen Stimmführung. Wenig Klasse zeigt die Läuferreihe, während die Verteidigung links eine immer noch sehr brauchbare Kraft in „Papa“ Lindemann aufweist. Man mehr folgt an achter Stelle der T. S. V. Borussia 48, dessen Defensiv im Interesse des sportlichen Rufes der GutsMuths-Stadt überaus angedeutet ist. Mannigfaltig sind die Angriffe der eingetragenen Gäste. Die in der ersten Serie von Sieg zu Sieg eilende Elf holte Ergebnisse heraus, die dem Sturm das Lob des schlagkräftigsten im Gau einbrachten. In dieser Serie stand eine Zeit lang keiner mehr von den Alten im Sturm, nachdem Winkelmann zurückgetreten. Hr. Buddenborn nach O. Z. verließ war und sein befähigter Bruder Albert sich der Elf entzog. Lange verhielt sich ganz junge Leute in braver Eingabe das 18er Banner hoch zu halten, doch es fehlte die Reife, Behauptungsfähigkeit, Spielerfahrung. Hinzu kam das Verdrängen des verletzten Repräsentanten Goldmanns, so daß mehr und mehr die Chance schwand. Nun ist rechts Buddenborn mit dem wieder der stärkste Teil des Angriffs, während an der linken Meißner, Reiter und Seingelmann nicht bestes darstellen. Die Hintermannschaft ist gut, doch Goldmann noch weit von der alten Form entfernt.

Dortmund 08, bis dato der wichtigste Vertreter der Ruhr, zeigt anderes. Männer, vor allem in dem sehr klugen Sturm mit dem guten linken Flügel Seiwitz und Althaus, der in der Offensive, zeitweise auf gute Flügel, raumgreifendes Manövrieren pflegt, ohne dabei jedoch anzuwachen Innenarbeit zu vernachlässigen. Die höchsten durchschnittlichen Leistungen der Läufer werden überboten von der handfesten Verteidigung, wo besonders der linke Verteidiger Ziegler, der Torwart ist aut. Es fehlt der Mannschaft noch die Festigkeit, was a. in der hohen 4-0-Niederlage gegen die Union ihre Mitleidenschaft an der Gesamtheit in die elastische Mannschaft ein adäquater Gewinner, der sich aus der Mittelreihe nicht verdrängen lassen wird. Weit besser als es der Tabellenstand andeutet, ist der fernste Mann, A. S. Linden zu bemerken, dem es in jenem für den ausgereizten Sturmkräften Schiller anlässlich des 400. Geburtstag vorüber auf der bis zum Schluß nicht aufgegebenen Generäle und Aufwärtsspieler eines jeden Spielers, während die technische Beherrschung nicht übersehen werden darf. Außer dem oben erwähnten Schiller waren aus dem Gesamtstab der Spieler Seiwitz, Linden und II. von denen ersterer jetzt erfolgreich als Mittelstürker tätig ist, und der letztere verlässliche famose Reiter in der Abwehr zu erwähnen, die am meisten oben erwähnte Eigenartigkeiten verleiern und der Gesamtheit den Rhythmus steuern. Verdrängt man die früheren Spieler der Germania Dortmund, die vor zwei Jahren neben dem G. T. V. heftiger Spürwache auf die Meisterschaft des Gaues war, so erkennt man die einst technisch so hervorragende Elf nur noch ein Schatten des Gemeinen. Spielerabnahme, Mannschafftskrise — das ist die Wahrheit und nicht mehr von der Partie. Allerdings scheint das Schicksal überaus an sein. Ausgehen weiterer Gefährdung sind vorhanden. Im Sturm sowie in der Läuferreihe, in der noch Teßling (links) steht, fehlt doch noch viel Einigkeit. Die Verteidigung arbeitet sicher und stellt mit dem bestbekannten Hermanns zwischen den Pfosten das brauchbare Glied der Elf.

Mit zwei Punkten mehr belohnt folgt als Hebergang zur Schwarzgruppe die Germania, der im Verlauf des Jahres auch durch jugendlichen Nachwuchs neues Blut zugeführt wurde, was es scheint, mit Erfolg. Besonders auf eigenen Platz nicht zu unterschätzen, weist die verhältnismäßig sehr schnell emporgelungene Elf längst nicht mehr das einfache Bild auf. Der Sturm mit Anna als Führer ist auskunftslin, langsam und nicht leicht nicht falsch. Borussia ist noch immer

Aus Westfalen und Rheinprovinz.

X. Herne, 30. Jan. Die Quäfer übergeben hier an 1500 Kinder alle zwei Wochen ein Lebensmittelpaket, das 2 Büchsen Milch, 200 Gramm Kakao, je 250 Gramm Fett und Zucker und 165 Gramm Seife enthält.

H. Witten, 29. Jan. Durch Brandstifter ist das Haus des Wiltener Tennisclubs und das Bootshaus des Wiltener Rudervereins nebst Neben- und Einrichtung vernichtet worden. Gegen die Brandstifter ist die Triebfeder der Tat, durch die kein Mensch eine Schmitte Brot mehr bekommt.

Ss. Dortmund, 29. Jan. Vor der Strafkammer war gestern der von drei Personen am Abend des 12. Januar d. J. gegen den Fuhrer Semmler in seinem Geschäftsfloß am Westenhellweg verübte räuberische Heberfall Gegenstand der Verhandlung. Als Angeklagte erschienen der aus Bayern gebürtige 28 Jahre alte Techniker Bartholomäus Diegel und der 27jährige Bergmann Richard Wagner aus Herne. Diegel war nach Stilllegung der Maschinenfabrik Baum in Herne infolge der Verletzung im September 1923 arbeitslos geworden und in eine missliche Lage gekommen. Wagner arbeitete auf der Zeche „Erin“ in Galtrop und erhielt als Kurzarbeiter 10 Mark wöchentlich. Beide verdrängten sich, in Dortmund durch einen Einbruch oder Raub sich in den Besitz von Mitteln zu setzen. Nachdem sie sich über die Verhältnisse bei Semmler hinreichend unterrichtet hatten, agierten sie ihren Freund Mathe in Herne, der flüchtig ist, ins Vertrauen und fanden in ihm den Dritten im Bunde, der für Waffen und Munition sorgte. Am 12. Januar wurde der Raub dann ins Werk gesetzt, er mißglückte jedoch, da S. sich wehrte und es ihm gelang, aus dem Laden in ein Wohnzimmer sich zu retten. Ein 16jähriges Lehrlingsmädchen, Franziska Korschbaum, veranlaßte die Verhaftung der beiden Angeklagten. Diegel, der schon vorbestraft ist, erhielt 8 Jahre, Wagner 7 Jahre Zuchthaus. Beiden wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren aberkannt.

b. Dortmund, 29. Jan. Heute nacht fand auf der Schachanlage Kaiserhof II eine Explosion statt, durch die zwei Arbeiter getötet und zwei andere leicht verletzt wurden. Die Explosion scheint im Rauchbehälter entstanden zu sein.

Dortmund, 29. Jan. Die Frau des Bergbauinspektors Schöpp erschlug ihren 63jährigen Mann mit einem Beil und beging sodann Selbstmord durch Erhängung. Die Frau war geisteskrank.

O. Buer, 30. Jan. Es ist bestimmt damit zu rechnen, daß die Umgestaltung im Staatsbergbau auch im besetzten Gebiet bereits zum 1. Februar im Zusammenhang mit dem Beamen- und Angestelltenabbau erfolgt. Für den Direktionsbezirk Medlinghausen liegt die Durchführung der Umgestaltung in den Händen des Ministerialrates Schulz-Brickner, der seit einiger Zeit in Medlinghausen weilt. Alle staatlichen Betriebe des Direktionsbezirks Medlinghausen werden in einer Gesellschaft, die ihren Sitz in Medlinghausen hat, zusammengefaßt. Eine Anzahl Betriebe, die bisher bei den einzelnen Inspektionen vorhanden waren, wird künftig nach Medlinghausen verlegt. Insbesondere wird die gesamte Durchföhrung einfl. Ein- und Verkauf bei der Zentrale zusammengefaßt. In den einzelnen Inspektionen werden nur die Lohnbüros, sowie kleinen Zahlstellen zur Erledigung der Abrechnungen und Gehaltszahlungen verbleiben. Die selbständigen Maschinenverwal-

in der Galtrop, die „Vollverleumdungsgesetze“. Die Verteidigung — der Medie ist der erfolgreiche — versteht es, mit seinen Schlägen zu klären, was bei dem eifrigen Sturm das geordnete Hintertreffen leicht aus dem Konzept bringen kann. Der Vorwurf fällt sich auf ein und sollte mit dafür sorgen, daß zum mindesten der Stand beibehalten wird. Einen sehr guten Eindruck hinterließ allerorten der faire, sympathische B. V. Buer 07, der bisher nie recht den Anschluß an das Mittelfeld finden konnte, dabei ist er nicht schlechter als der Durchschnitt der Klasse. In der ersten Hälfte war ein Unentschieden schon ein Erfolg, während es in dieser Serie dem Verein gelang, verschiedene ganz hübsche Siege zu erringen (Sp. B. 99 1:0, Langendreer 04 2:0). Mit besonderer Verbuna des Mittelbaus ist die Zusammenarbeit anzuwenden. Betont sei der Mittelstürker Mödner, Schwarz im Angriff und der linke Verteidiger. In den noch ausstehenden Spielen dürfte für die Oer sehr viel mehr zu holen sein. Die Saisonzeit mit diesem aufstrebenden Erwartungen, obwohl sie — bei eifrigem Mannschafftsaustausch — über gutes Spielmaterial verfügt, von dem der „übertragende“ Naaf (früher Preußen Bochum) im Tor summa cum laude erwähnt sei neben Naaf, der gegenwärtig als Halb- und links im Sturm die Stöße verleiht. Somit sind viel junge Leute gewonnen, die sehr gute Veranlagung, jedoch weniger Erfahrung besitzen. Von übrigen scheinen sich der Sp. B. 99 ganz gute Chancen zu eröffnen (99 ließ sich schon 2:0 und die Germania eine 3:0 gefallen), obwohl eine Position von dem Nachbarn nicht möglich erscheint. Eine erfreuliche Beherrschung hat gegenüber der beiden anderen Ausbeute der vorigen Serie der Dortmunder S. C. 95 erfahren. Hebergehend auf griff der Klub in die Kämpfe mit den Vertretern des Eiferer Vereins ein. Erst kam die (schwachere) Union mit 4:1 und Erle 08 war mit 4:0 davon. Das sah viel Staub. Daß man doch den alten Naaf nicht mehr ernst genommen. Von den Absteigenden steht noch der ch. Repräsentant Naaf mit Titel in der Tabelle, die für die Oer sehr viel Bedeutung bedeuten. Heberbrint als Mittelstürker ist dem vorwiegend aus jungen Spielern bestehenden Angriff den Rückhalt, dessen Ean faste Unbequemlichkeit ausbleibt. Vom Tabellenende sind fortgerückt, scheint sich der unverbesserte B. V. Dortmund 97 mit der herben Aufgabe als Nachreiter abgefunden zu haben. Immer noch weilt die Tabelle nur ein angenommenes Spiel auf, drei anderen unentschieden, 17 anderen verloren. Auch das Torverhältnis ist mit 19:73 das schlechteste. Spielerleistungen, Verluste der besten Kräfte waren mitwirkend an dem dauernden Nach. Trostend hat sich die Mannschaft, deren überalterter, über jede Kritik erhabener Torwart Schulte an dem Niedergang schuldlos ist, nicht entziehen lassen, was von großen ideellen Wert und sportlicher Auffassung der Spiele als Mittel zum Zweck ist.

Bogen.

Ring- und Bogenkampf im Bunt Theater.

Am Bunt Theater fand der am 20. Oktober ausgetragene Städtekampf Dortmund 04 — Borussia Bochum statt. Außerdem hatte die neu gegründete Bochumer Bormannschaft Gelegenheit, ihr Können zu zeigen. Sie hatte die gute Offener Mannschaff als Gäste. Trotzdem die Offener in Technik besser waren, konnten die Bochumer in vier Kämpfen einen Sieg und ein Unentschieden aufweisen. Erfreuliche Resultate hatte die Ringermannschaft. Wer da glaubte, daß die Bochumer Vorwärtssleute unterliegen würden, wurde nach den ersten Gängen anders belehrt. Durchschnittlich wurden Siege von 3-4 Minuten erzielt. Die Dortmund, welche sehr langen Wunden nirgends eine Niederlage erlitten hatten, mußten mit einer Punktzahl von 19-5 Punkten für Bochum nach Hause fahren. Das Schiedsgericht leitete einwandfrei. Nahe, welcher im Ring war, traf kurze und sichere Entscheidungen.

Die Spiele werden aufgelöst, ebenso sind die Tage der Hafenverwaltung in Gladbeck gestrichelt. Der verbleibende Rest wird der Inspektion II in Gladbeck angegliedert. Die bei der neuen Gesellschaft verbleibenden Beamten treten ins Angestelltenverhältnis über.

+ Bottrop, 29. Jan. Das Dienstmädchen Elfriede Giebert ertrank in der Badewanne.

□ Münster, 30. Jan. Bekanntlich wurde vor einigen Jahren die Muttergottesfigur in der Waidkirche zu Bielefeld von Goldstern geraubt. Die angelegten Ermittlungen waren von keinem Erfolge begleitet. Neuerdings veranfaßte Ausgrabungen in dem Garten der Brüderkirche zu Bielefeld, die wegen verschiedener Diebstähle verhaftet wurden, hatten ein überraschendes Ergebnis. Bei Nachgrabungen unter dem Mauerfuß fand sich neben anderen gestohlenen Gegenständen auch die betreffende Goldstern.

Oberhausen, 30. Jan. Die Martinwerke der „Gute Hoffnungshütte“ in Oberhausen und der Thüffenhütte in Dinslaken haben die Arbeit in beschränktem Umfang wieder aufgenommen.

+ Herbingen, 30. Jan. Die Chemischen Fabriken vormals Meister und Meer und R. Wiedeking & Co. haben in einer Bekanntmachung die Kündigung der gesamten (streikenden) Arbeiterschaft ausgesprochen.

□ Düsseldorf, 29. Jan. Gegen jede Verlängerung der Arbeitszeit in den hiesigen Betrieben wendet sich ein Beschluß einer Versammlung der Funktionäre der Zentralgewerkschaft.

X. Krefeld, 29. Jan. Die Streiklage ist hier unverändert. In fast allen Betrieben ruht seit drei Wochen die Arbeit. Die Gewerkschaften erklären, daß Mehrarbeit über 48 Stunden mit 15 Prozent Zuschlag bezahlt werden müsse.

O. Elberfeld, 29. Jan. Die Ausstandsbeziehung im Supertal dauert unverändert an. Die Metall- und Textilarbeiter, die Fuhrleute, Kraftwagenfahrer und Buchbinder haben noch nirgend die Arbeit wieder aufgenommen. Auch in Remscheid dauert der Streik unverändert an. Die großen Betriebe liegen still. Von den mittleren Betrieben arbeiten nur wenige und auch nur mit adäquanter Arbeitszeit. In vielen kleinen Betrieben wird voll gearbeitet.

* Wald (Solingen), 29. Jan. Nach Ruhrland auswandern wollen mehr als 100 Walder Bürger, die sich dort anseufzen beabsichtigen.

Neues aus aller Welt.

Die neue Mount-Everest-Expedition. Brigadegeneral Bruce tritt am Donnerstag eine Reise nach Indien an, wo er die Führung der diesjährigen Mount-Everest-Expedition zu Beginn des Frühjahrjahres übernimmt. Die Expedition stellt einen dritten Versuch dar, den höchsten Gipfel der Erde zu bezwingen.

Der letzte Wunsch. Neben einem brennenden Seizungsstiel eines Hauses in Berlin wurde der 56 Jahre alte arbeitslose Gottlieb Erker an einem Strick tot aufgefunden. Er hatte sich erhängt. In einem Brief schrieb er: „Wenn ich schon aus dieser elendlichen Welt scheiden muß, weil ich keine Arbeit mehr bekommen kann, so möchte ich es doch wenigstens warm dabei haben!“

Letzte Telegramme

Die Befahrungskosten.

A Berlin, 30. Januar. (Sig. Drahtber.)

Das „B. Z.“ glaubt feststellen zu können, daß der Reichsfinanzminister seinen Standpunkt hinsichtlich der Befahrungskosten geändert hat und sich nunmehr energisch für die Weiterzahlung der Befahrungskosten einsetzt. Dazu wird offiziell mitgeteilt, daß der Reichsfinanzminister in Übereinstimmung mit dem Reichsfinanzministerium zwar gewillt ist, im Interesse der besetzten Gebiete alles zu tun, um die Befahrung dieser Gebiete nicht neuen Gefahren und Leiden auszuweisen, daß er aber keine Möglichkeit sieht, wie demnach die Mittel zur Befahrung der Befahrungskosten aufgebracht werden können.

Noch keine volle Einigung über die Steuer-Notverordnung.

A Berlin, 30. Januar. (Sig. Drahtber.)

Ueber die angekündigte Kabinettsitzung, die sich gestern mit der bei unfruchtlichen britten Steuernotverordnung beschäftigte, wird an ausländischer Stelle Still-schweigen bewahrt. Man zieht es vor, einen amtlichen Bericht nicht zu veröffentlichen und beschränkt sich auf die Mitteilung, daß die Verhandlung im Wesentlichen erledigt sei. Man wird daraus also den Schluß ziehen können, daß eine endgültige Einigung innerhalb der Regierung noch immer nicht erzielt wurde.

Abbau der Güter-, Erhöhung der Personen-tarife.

A Berlin, 30. Januar. (Sig. Drahtber.)

Der Verkehrsausschuß des Reichsverbandes der deutschen Industrie hielt eine Sitzung ab und nahm eine Entscheidung an, in der eine starke abermalige Herabsetzung der Gülertarife als unumgängliche Notwendigkeit für den Fortbestand der deutschen Industrie bezeichnet wurde. Der Hauptvorstand wird sich mit der Entscheidung befassen und sie dann an den Reichsverkehrsminister weiterleiten. Es ist damit zu rechnen, daß der anfangs Februar tagende Reichseisenbahnrat sich mit der Herabsetzung der Gülertarife befassen wird.

Dafür droht allerdings allem Anschein nach eine Erhöhung für die Personentaxen. Wie nämlich gemeldet wird, sollen zum 1. März die Personentaxen um etwa 50 Prozent in der 3. und 4. Wagenklasse erhöht werden. Anlaß zu dieser Maßnahme soll sein, daß 45 Prozent aller Reisenden ermäßigt fahren. Die Bestimmungen, die Tarife für den Personenverkehr zu erhöhen, sind schon seit längerer Zeit im Gange, doch sind endgültige Beschlüsse noch nicht gefaßt worden.

Die schleichende Krise in Preußen.

A Berlin, 30. Januar. (Sig. Drahtber.)

In der Frage der preussischen Grundsteuer tagte gestern abend der interfraktionelle Ausschuß. Eine Entscheidung ist noch nicht erzielt worden. Der Hauptauschluß tritt heute zusammen. Die Wenarsigung wird voraussichtlich erst um 3 Uhr nachmittags beginnen. Das preussische Staatsministerium war zu einer Sitzung zusammengetreten und hat, wie berichtet, den Beschluß gefaßt, zurückzutreten, falls die Grundvermögenssteuer aus dem Haushalt herausgenommen oder wesentlich eingeschränkt werden sollte. Wie von gut unterrichteter Seite verlautet, hat dieser Beschluß bei der Zentrumsfraktion die Wirkung gehabt, doch noch einmal einen Versuch zu einem Kompromiß zu machen, doch muß die gegenwärtige Situation in Preußen noch immer als ernst bezeichnet werden. Sie wurde vom Finanzminister v. Richter gegenüber der Fraktion der Deutschen Volkspartei als hochpolitisch charakterisiert.

Eine neue internationale Bank in Amsterdam.

* Beteiligung der Darmstädter und Nationalbank.

A Berlin, 30. Januar. (Sig. Drahtber.)

Das große internationale Geschäft, von dessen Vorbereitung schon geraume Zeit zugunsten der Darmstädter- und Nationalbank-Aktion gesprochen wurde, ist nunmehr zum Abschluß gebracht worden. Es betrifft die Gründung einer neuen Bank in Amsterdam unter internationaler Beteiligung. Die Amsterdamer Bank und die Zwentsche Bank haben eine neue Bank in Amsterdam zum Zwecke der Durchführung internationaler Geschäfte errichtet. Die Bank erhält ein voll eingezahltes Anfangskapital von 10 Millionen Gulden und trägt den Namen Internationale Bank in Amsterdam. Die Stocholms Ensbilba Bank in Stockholm und die Darmstädter und Nationalbank in Berlin haben an der Gründung mitgewirkt. Die Londoner Vertreter der neuen Bank sind die Firmen Meard Brothers u. Comp. und Lloyd's Bank in London, die sich gemeinsam mit der Whitehall Trust Company an der Bank beteiligt haben. Diese neue internationale Gründung ist ein Unternehmen von allergrößter Bedeutung, denn zum ersten Male seit Ende des Weltkrieges fanden sich alle ersten internationalen Finanziers mit der deutschen Hochfinanz in einer festen Organisation zusammen, die internationale Geschäfte durchführen soll. Zu den beiden holländischen und schwedischen Instituten haben sich führende Londoner Banken gesellt, um in Zusammenarbeit mit der Darmstädter und Nationalbank ein Gebilde zu schaffen, das berufen ist, ein wichtiger Faktor für die internationalen Transaktionen zu werden.

Bayerns ernste Finanzlage.

A München, 30. Januar. (Sig. Drahtber.)

Im Hauptauschluß des bayerischen Landtages teilte ein Vertreter des Finanzministeriums mit, daß die Finanzlage des bayerischen Staates außerordentlich ernst sei. Das Reich habe schon im Januar die Zuschüsse zu den Beamtengehältern stark gekürzt und werde sie im Februar noch weiter kürzen. Die vorhandenen Einnahmen reichten noch nicht einmal aus, um die Befahrung voll zu decken, geschweige denn zur Befahrung der bis aufs äußerste eingeschränkten sozialen Ausgaben. Von einem Vertreter des Kultusministeriums wurde darauf hingewiesen, daß bereits die Vorstände verschiedener Kliniken beim Kultusministerium vorstellig geworden sind, weil sie mit den ihnen zugewiesenen Mitteln nicht auskommen können und sich nach kurzer Zeit gezwungen sehen, ihre Kliniken zu schließen.

Gegen das bayerische Volksbegehren.

A München, 30. Januar. (Sig. Drahtber.)

Der geschäftsführende Ausschuß des Bayerischen Bauernbundes fordert in einer Kundgebung seine Mitglieder auf, das von der Bayerischen Volkspartei eingeleitete Volksbegehren nicht zu unterstützen, da es sich um eine reine Privatangelegenheit der bayerischen Volkspartei handelt und auch sachlich nicht begründet ist.

Bochumer Nachrichten.

Zur Lösung der Wohnungsfrage.

Mein Aufsatz in Nr. 11 Ihrer Zeitung hat zwei Erwiderungen hervorgerufen, zu deren Inhalt ich in nachfolgendem Stellung nehmen möchte.

Der „Bau- und Wohnungswesen“ überschriebene Aufsatz bietet keine Grundlage zu einer Aussprache, da er das Problem nicht erfaßt. Wenn darin gesagt wird, daß die mehr oder weniger große und bequem ausgestattete Wohnung nicht dem Stand, sondern nur dem Einkommen zuzurechnen ist, mit anderen Worten, daß der Reiche einen Anspruch auf ein günstiges Gehege habe, so muß ein solcher Standpunkt als einseitig und daher verfehlt betrachtet werden. Wenn freie Wohnungswirtschaft geübt wird, lediglich um höhere Mieten zu bedingen, so handelt es sich um eine Zwangswirtschaft, die sich von der bestehenden nur insofern unterscheidet, als sie des Interesses weniger vertritt, während die zur Zeit bestehenden Verordnungen mehr auf das Interesse der Allgemeinheit abgezielt sind. Der Begriff „freie Wohnungswirtschaft“ ist also unklar und schafft nur Verwirrung. Bei erster Betrachtung muß aber eine solche Möglichkeit ausbleiben, und weil sich der Artikel in Worten bewegt, die nur den Interessen-Standpunkt hervorheben, so kann er für eine vorurteilsfreie Betrachtung, die zur Lösung der Wohnungsfrage beitragen soll, nicht in Betracht gezogen werden.

Dagegen bietet der zweite Artikel Anlaß, sich mit seinen Ausführungen näher zu beschäftigen. Er stellt drei Grundfragen auf, wonach

1. es unrichtig ist, den Hausbesitzer zu Gunsten anderer zu benachteiligen und ihn seines Vermögens und seiner Einnahmen zu berauben,
2. volkswirtschaftlich niedrige Mieten eine Instandhaltung der Wohnungen verhindern,
3. durch „Zwangswirtschaft“ die Rechtsanweisung untergraben würde.

Der Verfasser fügt hinzu, daß dem Hausbesitzer für Leistungen Gegenleistungen gewährt werden müssen und betont, daß die durch die Hypotheken-Vollstreckung entstandenen Gewinne der Allgemeinheit zuzurechnen seien. Dafür müsse dem Hausbesitzer eine Entschädigung gewährt werden, weil die niedrigen Mieten in der letzten Zeit für ihn verlustbringend waren. Die gesamte Wohnungswirtschaft habe zu einer Verwaltung geführt, die unwirtschaftlich sei und daher beseitigt werden müsse. Die Bodenfrage wird von ihm als nebensächlich bezeichnet, weil Grund und Boden heute im Preise sehr niedrig stehen; andererseits wird hinzugefügt, daß die gesamte Wirtschaft sich auf dem Boden aufbaue. Bei genügender Verzinsung der Kapital-Anlage, in diesem Falle also bei höheren Mieten, werde der Wohnungsbau begünstigt und die Wohnungsnot beseitigt.

Dieselbe Betrachtung begegnet man häufig, anscheinend, weil sie sich auf Anschauungen der Vergangenheit stützt. Es soll nicht untersucht werden, ob das Vergangene stets besser war, sondern es bleibt zu prüfen, welche Maßregeln zur Beseitigung führen können. Die alte Streitfrage, ob die Zwangswirtschaft vor dem Kriege begründeter war, als die in der Nachkriegszeit, beweist, daß eine Reform vorhanden ist. Zweifellos steht die Wohnungspolitik vor dem Kriege mit der heutigen in unterschiedlichem Zusammenhang. Eine rechtzeitige Reform hätte die heutige Wohnungsnot verhindert, und somit wird es klar, daß die heutige Not sich auf Vernachlässigung aufbaut, die früher begangen worden sind. Bekanntlich werden die Sünden der Väter an den Kindern heimgekehrt.

Die einzelnen Punkte, die der Aufsatz anführt, können als stichhaltig nicht angesehen werden.

1. Es ist unzutreffend, daß der Hausbesitzer zu Gunsten der Allgemeinheit benachteiligt worden ist; das Gegenteil dürfte eher richtig sein. Wer sein Vermögen nicht in Grundbesitz oder ähnlichen Werten angelegt hatte, ist verarmt, weil er dem Zugriff der Spekulation ausgesetzt war. Der vaterlandsliebende Staatsbürger, der Kriegsanleihe zeichnete, oder durch seine Sparta-Einnahme der Volkswirtschaft hilfreiche Hand tat, hat seinen Besitz verloren, auch hat der solche Familienvater auf seine Ansprüche auf Versicherungen, Hypotheken, Obligationen usw. verzichtet. Dagegen war es dem Haus- und Grundbesitzer nicht nur möglich, seinen Besitz zu wahren, sondern ihn noch schuldenfrei zu machen. Besonders der Grundbesitzer konnte den Ertrag seines Bodens so vorteilhaft gestalten, daß er von der herrschenden Not unberührt wurde. Von einer Verarmung des Hausbesitzers kann also nicht gesprochen werden. Lediglich stand dem Hausbesitzer ja auch jederzeit die Möglichkeit offen, Mieten zu erheben oder seinen Besitz zu veräußern.

2. Daß niedrige Mieten die Instandhaltung der Wohnhäuser vernachlässigen, ist an sich nicht richtig. Auch hohe Mieten in der Vorkriegszeit haben die Instandhaltung nicht gefördert. Es sind ganz andere Gründe, die den Ordnungssinn des Menschen bestimmen; gibt es doch auch Hausbesitzer, deren Wohnungen nicht gerade als vorbildlich angesehen werden können. Reiche Hausbesitzer werden ihre Wohnungen selbstverständlich eher in gutem Zustande erhalten können, als Unbemittelte. Angebot und Nachfrage hat in früheren Jahren die Frage der Instandhaltung reguliert, sie geschah also nicht aus idealen Absichten, sondern war eine Frage des Interesses.

3. Wenn behauptet wird, daß nun gar die Rechtsanweisung in einem Maße beeinträchtigt wird, wenn die Not eine Existenzfrage in den Vordergrund rückt, so ist darauf hinzuweisen, daß neue Anschauungen auch ihre Berechtigung haben, zumal, wenn sie aus der Not geboren sind. Die Not ist verständlich stets ein gutes Weckmittel gewesen. Man muß mit Verhältnissen rechnen, auch wenn sie unangenehm sind, und daß bei niedrigen Einkünften hohe Mieten berechtigt sein sollen, wird man in größeren Volksteilen nicht verstehen. Jedes Volk schmiedet sich sein Schicksal und alle Widerstände werden nicht ausreichen, um den Willen nach Existenzberechtigung des Einzelnen auszulöschen.

Eine Boden- und Wohnungsreform in großem Stile sucht den Ursachen nachzugehen, um die Streitfrage anzugehen und neue Grundlagen für das Wohl der Volksgemeinschaft zu schaffen. Der große Aufsatz bestimmt, daß eine Ehe nur geschlossen werden dürfe, wenn eine finanzielle mit Gärten geschaffen worden war. Jeder Staatsbürger wurde also Haus- und Grundbesitzer; ein Mietvertragsamt brauchte man also nicht. Man hatte auch nicht vergessen, daß der Boden als Grundlage aller Existenz anzusehen ist und daß man eine bodenständige und nationale Bevölkerung nur erhalten konnte, wenn man diesen Grundbesitz befestigte. Es kommt nicht darauf an, in einem Staate Hausbesitzer und Mieter gegeneinander in Interessen-Kämpfe zu verwickeln, sondern allen Bürgern durch das Recht die Möglichkeit zu geben, sich Land- und Hausbesitz zu erwerben, d. h. einen Rechtsanspruch zu sichern. In einem selbständigen, einheitlichen Staate kann nur der Bodenständige, der einen Teil seines Vaterlandes sein Eigen nennt, als ausschlaggebender Faktor wirksam sein. Da die Besitzverhältnisse allein durch das Recht bestimmt werden, kann auch nur das Recht eine Reform begründen, die den Umhangungen der Mehrheit entspricht. Schon der Umstand, daß der Boden keine Ware ist und daher nicht gehandelt werden darf, sollte dem Einzelnen klar machen, daß er nicht zum Spielball der begüterten Kreise dienen soll und darf. Der unvermehrte Boden muß der gesamten Bevölkerung zur Existenz dienen, und er kann daher nicht nur wenigen angeeignet werden. Der Besitz einer Ware ist volkswirtschaftlich berechtigt, das Recht, den Boden für andere tributpflichtig zu machen, muß aber als ungerecht bezeichnet werden. Es war nicht zu allen Zeiten so, daß der Boden als Ware betrachtet wurde und besonders, daß ein solches Recht kannte diesen Charakter nicht. Lediglich die Überlieferungen des alten Roms, die besonders unsere Kultur durchsetzen, haben zu dieser bedenklichen Auffassung geführt, und es erscheint als die größte Aufgabe des neuen Deutschlands, daß es sich von dieser veralteten römischen Auffassung freimacht. Auch Rom ging daran zugrunde, und schon aus diesem Grunde sollte man nach neuen Normen suchen, die den Untergang unseres Volkes verhindern.

— Sparsamkeit auch im Gefängnis. Sparsamkeit will der Staat jetzt auch bei seinen Gefangenen in den Gefängnissen üben. Freilich soll nach einer neuesten Verordnung wöchentlich nur noch 125 Gramm verabfolgt werden, Sonntags 75 Gramm und an einem Feiertage 50 Gramm, ferner mittags nur dann, wenn sich die Kosten nicht höher stellen als für Fleisch. Die vorgeschriebenen Rationierungen sind höchstförmlich. Es ist sogar zu prüfen, ob nicht in einzelnen Fällen geringere Mengen ausreichen, außer: soll zum Teil durch Süßholzwasser ersetzt werden, der auch mitgekostet werden darf. Die Zeit für das Baden kann auf vier Wochen ausgedehnt werden. Nur bei besonders schmutzigen Arbeiten und wenn es wegen der Ungezieferbelästigung nötig ist, bleiben die alten Bestimmungen in Geltung. Auch für ausreichende

Ernährung soll gesorgt werden. Geplant werden soll auch bei der Behandlung von Kranken und der Verordnung von Heilmitteln. An Stelle kostspieliger Heilmittel genügt häufig therapeutische Maßnahmen. Verurteilungen von Gefangenen sind nach Möglichkeit einzuschränken.

Die Lage der leitenden Angestellten.

Der Geschäftsführer des Bundes Rheinland und Westfalen der Vereinigung der leitenden Angestellten, Dr. H. Schäfer (Köln) bepricht in einem Aufsatz die Lage der Wirtschaft und ihre Folgen für die leitenden Angestellten.

Die wirtschaftsständischen Organisationen, so führte er einleitend aus, müßten heute den Mut haben, nicht nur Rechte zu verlangen, sondern auch Gruppenpflichten gegenüber der Gesamtwirtschaft zu predigen. Den leitenden Angestellten weise ihre eigenartige Stellung innerhalb des Dualismus von Kapital und Arbeit die Aufgabe zu, an einer praktischen Zusammenfassung aller schöpferischen Wirtschaftskräfte mitzuwirken zum mutigen, gegen Ideologien und Interessen gleichgewichtig unbeeinträchtigt. Vorbedingung aller wirtschaftlichen Gesundung des bestehenden Gebietes sei außenpolitische Klärung, die noch nicht erreicht sei. Hinsichtlich der von deutscher Seite angebotenen Organisationspläne für die Wirtschaft er das schon durch die Weimarer Verfassung erbrachte Übergewicht der großen wirtschaftlichen Interessengruppen, welche den ethischen Sinn politischen Strebens in einen schabigen Weltfremd der Gruppen- und Klassegegnis verkehren. Angesichts des sozialrechtlichen Wirrwarrs und der Unklarheit in wirtschaftsrechtlichen Fragen brauche man neben den vorgezeichneten finanziellen Selbstverwaltungsrechten auch eine teilweise arbeitsrechtliche Sonderbehandlung durch eine sozialpolitische Sondergesetzgebung für das besetzte Gebiet. Neben äußerer Ordnung bedürfte die Wirtschaft des bestehenden Gebietes innerer Vereinerung der vorwärtsstrebenden Kräfte. Steigerung der Arbeitskräfte sei nur teilweise eine Frage der Arbeitszeit. Ausmaß auf verlässlichen Arbeitserfolg entfalle die Willenskräfte der Führer, die der Wirtschaft zur Höchstleistung erwarben. Er warnt daher vor den Gefahren der Zerstörung der Einheit der Persönlichkeit in der Wirtschaft durch den amorösen Zentralismus der Konzern- und Kartelle, der verbunden sei mit einer furchtbaren Missachtung der geistigen Arbeit und einer lediglich dem Massendurchschnitt dienenden, nach oben hin gar nicht differenzierenden Bezahlungspolitik. Der gegenwärtig beginnende Übergang zu einer Gesamtbeurteilung müsse gleichzeitig eine Vertiefung der Bezahlungspolitik bringen, indem neben dem nicht ganz vernünftigen Verordnungsprinzip der Gewinne der individuellen Leistungsbeurteilung größere Beachtung fände.

Deswegen beschäftigt er sich mit dem arbeitsrechtlichen Wirrwarr im besetzten Gebiet. Die Folge sei eine Vertragsbruchepandemie auf dem Gebiete der Dienstverträge und endlose Zusammenstöße zwischen den Forderungen der Reichsregierung und der Bezahlung, die jeder Interessent in seinem Sinne zu deuten veruche. Er ist aus diesem Grunde scharf kritisch an der Haltung des Reichsarbeitsministeriums, dessen Passivität gerade auf dem Rechtsgebiet, das den Arbeitnehmermassen das Wirken des Staates wertvoll macht, die Reichsautorität durch Interessenten und andere Mächte unterhöhlen lasse.

In materieller Beziehung bringe der Übergang zur Goldbeurteilung die Entscheidung der grundsätzlichen Frage, ob die in der Nachkriegszeit eingetretene Entwertung der Intelligenz vermindert werden solle. Mit dem Übergang zur Goldbeurteilung könne auch der Leistungsdruck durch Rückkehr zur individuellen Bewertung der persönlichen Leistung neu belebt werden. Bei der Bezahlung sei neben dem „Entbehrungsfaktor“, der bei der Gehaltsregelung nicht in Frage kommen dürfe, da er schon durch steuerliche Leistungen hervorgerufen werde, ein „Erholungssektor“ für alle diejenigen Schichten einzulegen, deren berufliche Leistungsfähigkeit durch die gleichmachende Lohnpolitik der Nachkriegszeit in einer Intensität der Wirtschaftsführung geradezu beeinträchtigend Weise gelähmt worden sei. Zur Arbeitszeitfrage meint er, daß sich geistig-selbstständige Arbeit überhaupt nicht an enge Grenzen von Zeit und Raum binden lasse. Das Verantwortungsbewußtsein gegenüber den übernommenen Aufgabenfeldern gebe hier allein die richtigen Maßstäbe. Wenn

man die kulturelle Bedeutung einer Normalarbeitszeit für die ausübenden tätigen Arbeitnehmer im Gegensatz zu einer rein materialistisch-mechanischen Wirtschaftsauffassung durchaus anerkenne, dürfe man doch nicht übersehen, daß manche Zweige der deutschen Wirtschaft eines Anfordungslebens durch die Arbeitnehmer in Gestalt von Mehrleistung bedürfen, bis die zur technischen und organisatorischen Verbesserung erforderliche Freiheit erworben sei.

Weiterhin fordert er unbehinderte Hypothekenaufwertung aus sozialen Gründen. Die gesamte ältere Generation der Angestellten hat ihre Grundlagen für den Lebensabend in mündelselbständigen Papieren angelegt; und ist der schlimmsten Altersarmut preisgegeben, wenn man durch ein Verbot der Hypothekenaufwertung den Inflationsbeschleuniger legalisiert. Weiterhin ist eine Aufwertung der Ruhegehalts- und Rentenansprüche aus privaten Dienstverhältnissen durch gesetzliche Regelung auszusprechen, wenn der zur Zahlung Verpflichtete nicht in gleicher Weise wie der Pensionberechtigte von der Geldentwertung betroffen sei. Die gleiche Aufwertungsforderung sei außerdem zu stellen hinsichtlich der vom höheren Angestellten in der Vorkriegszeit seinem Unternehmen gestellten Kautelen.

Zum Schluß kritisiert er die neuen steuerlichen Bestimmungen über den Lohnabzug. Es sei eine Ungleichheit, wenn man vom leitenden Angestellten verlange, daß er Steuern für den Ertrag von Barauslagen entrichte, z. B. für gehobene Reisekosten und ähnliches. Charakteristisch ist dies für die Tatsache, daß alle Instanzen in Staat und Wirtschaft bemüht bleiben, immer wieder gerade die geistig arbeitenden Schichten zu bestrafen.

Er schließt mit dem Hinweis auf die Tatsache, daß auch der Lügten in seinem Berufsstand auf der Macht der Verhältnisse abhängig sei, daß deren Umgestaltung nur möglich sei mit dem Machtmittel der wirtschaftsständischen Solidaritätsgemeinschaft.

*** Verkehrserschwerung auf der Strecke Bochum-Münster.** Nach monatlichen Vermählungen ist es gelungen, die Zollkontrollstelle in den nach A. d. L. inhausen zu bekommen. Die unhaltbaren Zustände auf dem Bahnhof Sinsen, der als Liebergangsbahnhof vollständig ungeeignet ist, sind hinreichend bekannt. Es ist nun ein Abkommen zwischen der Regie der französischen Eisenbahnen, der französischen und der deutschen Zollverwaltung und der Handelskammer von Bochum getroffen worden, das sich mit den betreffenden Maßnahmen und Einrichtungen befaßt, die notwendig sind, um die Zollkontrolle für Fracht-, Güter- und Expressgut und für stehende auf dem Hauptbahnhof Reddinghausen durchzuführen. Die notwendigen baulichen Umänderungen im Güterschuppen und in den Wartehallen wird die Regie vornehmen, deutscherseits erfolgt die Errichtung eines Zollabfertigungsschuppens von etwa 30 Meter Länge und 3,50 Meter Breite auf dem Bahnhofs 11. Der Magistrat von Reddinghausen hat beschlossen, den Bau des Schuppens im Auftrag der Handelskammer Bochum in die Hand zu nehmen. In die benachbarten Städte Herne, Gelsenkirchen, Bochum und Essen, die Venter Wanne und Esel und an den Landkreis Reddinghausen ist herangetreten wegen Übernahme der anteiligen Kosten. Außerdem wird sich die Handelskammer Münster an den Kosten beteiligen. Ferner ist die Erhebung einer Gebühr zur endgültigen Abdeckung der entstehenden Kosten, die etwa 10 000 Goldmark betragen werden, beschlossene. — Wünschenswert wäre auch eine bessere Anschlussverbindung in Wanne. Fahrt man beispielsweise 11.11. westeuropäische Zeit von Bochum nach Wanne, so kann man von dort aus erst 1.43 nach Sinsen weiter fahren, hat also über zwei Stunden Aufenthalt. Durch eine Verbesserung des Zugverkehrs Bochum - Wanne - Münster könnte die Strecke Bochum - Dortmund - Hamm - Münster entlastet werden. Soffentlich gelangt es den Vermählungen unserer Handelskammer, die angestrebten Anschlussverbindungen zu erreichen.

*** Milchpreiserhöhung.** Nach Mitteilungen der Eisenbahndirektion Hamm besteht Aussicht, daß die Milchzufuhren in den nächsten Tagen wieder auf den früheren Wegen Hamm - Dortmund - Bochum bzw. Münster - Wanne - Bochum befördert werden können. Hierdurch fallen die mit der Straßenbahn- und Fuhrwerksbeförderung der Milch von Gelsenkirchen - Wismar nach Bochum und die durch die notwendig gewesene Behandlung der Milch entstandenen besonderen Unkosten fort. Der Preis der Milch soll deshalb schon mit Wirkung von heute an auf 420 Milliarden pro Liter ermäßigt werden.

Piefftes neuer Chauffeur.

27) Roman von Friede Winkler. Amerik. Copyright by Karl Rödler & Co., Berlin W. 15. (Nachdruck verboten.)

„Danke, leisten Sie ruhig Fräulein Hermsdorf Gesellschaft. Sie reden ja doch gern Englisch mit ihr.“ Und eilends entfernte sie sich, heftig mit den unangenehmsten Grübeln bedeckt.

„Englisch wird nur gesprochen, wenn Du dabei bist.“ lachte Robby hinter Lolotte her, dann klang er sich bei Astrid ein. „Sagen Sie mal, gnädiges Fräulein, möchten Sie einmal sehr nett sein?“

„Gern.“ lachte Astrid. „Wie soll ich das machen?“ „Zudem Sie in die Bibliothek gehen und dort ein paar Minuten auf mich warten. Ich muß Ihnen etwas erzählen.“

„Ist das alles?“ „Ja.“

„Dann will ich nett sein.“ sagte Astrid, nicht ihn leuchtig zu und ging nach der Bibliothek.

Robby dagegen raste wie wild das Dec. entlana nach den Kabinen, rief die Tür auf zu seiner und Hans Erenfens Kabinen, wo Hans an dem kleinen Schreibtisch saß und arbeitete. Noch ganz außer Atem rief Robby:

„Die ist besetzt und aufgehoben, der Graf wird keine Diener haben!“

„Mein Herr?“

„Nein, aber Lolotte erwartet Dich am Eingang des Schwimmbades.“

„Weil Astrid ganz allein im Bibliotheksraum ist und wartet, bis ich wiederkomme.“

„Mensch, Robby.“ sagte Hans ganz erregt und schüttelte Robby an den Schultern.

„Au, nicht schütteln! Du bringst ja meinen Verstandsfaktor durcheinander.“

„Hast Du Dich recht verstanden?“

„Ja doch, nun red' nicht lange, sonst ist die Zeit vorbei. Sag ihr, ich schicke Dich, weil mich Mister Double plötzlich zu sich gebeten hätte. Verstanden?“

„Ja, Du Raddier.“

„Du lauf' endlich. Und zum Tee brauchst ihr nicht so unheimlich pünktlich zu kommen. Ich nehme Lolotte auf mich.“

Hans hatte die letzten Worte schon nicht mehr gehört. Er lief im Geschwindschritt nach der Bibliothek. Astrid lag in einem bequemen Gobelinsessel in dem warm und gemütlich eingerichteten Bibliotheksraum, der auch jetzt noch ziemlich leer stand.

Ihre Gedanken wanderten, wie seit den letzten Monaten immer, zu Hans Erenfens. Es freute sie unendlich, daß es ihm gelungen war, sich wieder emporzuschwingen, daß er einen feinen Fähigkeiten entsprechenden Beruf gefunden hatte. Sie hegte eine unbegrenzte Hochachtung vor ihm und bewunderte ihn im geheimen noch heute, daß er damals seine verpfändete Existenz so souverän in die Hände genommen hatte und einfach Chauffeur geworden war, um durch das gute Gehalt, das er in seiner Stellung bei Pieffe bekam, den Seinen in Wiesbaden mit Geldmitteln helfen zu können. Seine sich auch jetzt gleich bleibende Ritterlichkeit ihr gegenüber tat ihr so wohl, zumal die Behandlung der Familie Pieffe ihr Selbstbewußtsein schwanke gemacht hatte. Sie fühlte sich in Pieffes Diensten nicht als Mensch, sondern als Sache.

Wiederlich war ihr das Benehmen Lolottes ihm gegenüber. Sie durchschaute die Absichten Lolottes sehr wohl und schämte sich, daß eine Frau so schamlos und würdelos auf die Männerjagd ginge. Oft, wenn Hans wieder und wieder artig gegen Lolotte blieb, trotz ihrer mehr wie deutlichen Wancen, wollte etwas wie ein leiser Zweifel an ihm in ihr aufkommen. Doch dann jagte sie sich, daß ein Mann, wie Hans nicht einmal

gegen sich eine Frau schloß und unritterlich sein konnte.

Aber eins sagte sich Astrid nicht und hätte sie sich auch nie eingestanden: daß sie Hans Erenfens liebte. Mit der ganzen Kraft ihres liebevollen Lebens. Aber noch schlummerte das Gefühl ganz unbewußt in ihr.

Hans Erenfens trat in die Bibliothek, sah sich um und entdeckte Astrid in ihrem Sessel.

„Gnädiges Fräulein, ich komme als Abgesandter.“ Astrid war ein wenig verwirrt, daß der Gegenstand ihrer Träumereien so plötzlich vor ihr stand. Mit einem verlegenen Nicken sah sie zu ihm auf.

„Herr Wehler schickt Sie?“

„Robby läßt sich entschuldigen, Mister Double hat ihn plötzlich abgerufen.“

„Aber ich bitte Sie, wegen einer geschäftlichen Abhaltung bedarf es doch keiner Entschuldigung.“

Eine kleine Verlegenheitspause. Weil sie sich beide in Gedanken unausgesetzt miteinander beschäftigten, waren sie jetzt verlegen, daß sie sich eigentlich noch so fremd waren. Hans ergriff zuerst wieder das Wort.

„Wie denken Sie darüber, gnädiges Fräulein, wenn ich Ihnen jetzt an Stelle Robbys Gesellschaft leiste?“

„Das würde ich sehr nett finden.“ sagte Astrid lächelnd. Hans setzte sich ihr gegenüber und sah sie eine Weile ganz gedankenverloren an, bis Astrids Wangen sich röteten und sie zum Renker hinaus auf das weite Meer sah. „Ich denke, Sie wollten mir Gesellschaft leisten, Herr Erenfens.“ Ein kleines Schelmglächeln vertiefte ihre Mundwinkel.

„Ach so — ja, ist ja richtig. Ich dachte, Sie unterhielten sich eben so gut, wenn ich Sie ansehe, als ich mich dabei unterhalte. Nein, nein! Nicht die Stirn runzeln, ich würde schon ein anderes Thema. Robby! Robby muß herhalten. Wie finden Sie Robby?“

„So lieb und nett, daß ich ihn gern zum Bruder haben möchte.“

„Er ist ein famoser Junge.“

„Schon in Wiesbaden beneidete ich Ihre Schwester, daß sie einen Robby Wehler als Lebensgenossen gefunden hatte.“

„Ich kann mir auch keinen liebsten Schwager denken als ihn. Bei meiner alten Dame ist Robby auch sehr beliebt, und ich muß mich mächtig dazuhalten, daß er mich nicht ganz verdrängt.“

„Das ist doch wohl nur ein Scherz. Denn eine Mutter, eine richtige Mutter liebt doch ihre eigenen Kinder immer am meisten.“

„Natürlich war es nur ein Scherz, aber der Junge ist ein ganz gefährlicher Rival.“ lachte Hans lustig auf. „Aber wissen Sie, warum ich ihn am meisten beneide?“

„Um seinen Humor?“

„Ach. In der Hauptsache aber darum, daß er schon etwas Nüchternes im Leben gekostet hat, eine gefährliche Position hat und der Frau, die er liebt, ein gutes, beschütztes und behütetes Leben bieten kann.“

„Wollen Sie schon am Anfang Ihrer neuen Laufbahn mutlos und unzufrieden sein? Was Robby Wehler heute ist, haben Sie in einem Jahre sicher schon erreicht bei Ihrer Energie und Arbeitsfreudigkeit.“

Hans nahm ihre Hand und küßte sie heiß.

„Danke für diese Worte. Man mag mich einen Dickkopf nennen, aber ich nicht eine ganz sichere Zukunft vor mir habe, will ich die Frau, die ich liebe mehr wie mein Leben, nicht an mich fesseln. Erst muß ich die Gewissheit haben, daß ich ihr ein sorgenfreies, schönes Leben bieten kann, dann will ich ihr zu geben und sie fragen, ob sie mich lieb hat, wie ich sie. Können Sie das verstehen? Astrid?“

Sie sah ihn nicht an, sondern neigte nur den schönen Kopf und sagte leise:

„Das kann ich sehr gut verstehen.“

„Und — meinen Sie, daß diese Frau, ohne daß ich ihre Liebe gefunden habe, geduldet auf mich warten wird? Astrid — geben Sie mir Antwort!“

Sie schlug die schönen hellen Augen auf und sah ihm voll in sein nervös gepauntes Gesicht. Nüchtern und bestimmt sagte sie, ohne zu zögern:

„Ja — sie wird warten, gern und geduldig, denn sie ...“

(Fortsetzung folgt.)

